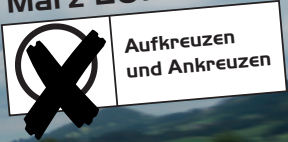


Kommunalpolitik ohne Christen ist wie ...

Kommunalwahl
16. März 2014



... ein Dorf ohne Kirchturm

Eine Initiative des Diözesanrates der Katholiken der Erzdiözese München und Freising

Christliche Optionen für die Kommunalpolitik

Eine Auswahl an Themen und Handlungsfeldern

**Gesprächsleitfaden für die
Kommunalwahlen 2014 in Bayern**

Christliche Optionen für die Kommunalpolitik

Der Einsatz für Arme und Benachteiligte, für Frieden, Umwelt und globale Gerechtigkeit zählen zum Kern des christlichen Auftrags. In der Kommunalpolitik stellt sich die Frage: Was heißt dies für uns vor Ort? Folgende Optionen können dem kommunalpolitischen Engagement eine christliche Orientierung geben:

1. Option für die Armen u. Benachteiligten

Solidarität ist ein Grundpfeiler der katholischen Soziallehre. Damit ist die Forderung verbunden, allen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Vor allem diejenigen Menschen sind in den Blick zu nehmen, die übersehen, isoliert, benachteiligt oder ausgegrenzt werden.

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- ↳ soziale Beratungsdienste für Pflegebedürftige, Obdachlose, Asylbewerber, psychisch Kranke, und Suchtkranke gefördert werden
- ↳ Projekte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ins Leben gerufen werden
- ↳ Schulsozialarbeit an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien eingeführt wird
- ↳ Menschen persönlich begleitet werden, die Rat, und Unterstützung benötigen (z. B. durch Ausbildungspatenschaften, Demenzpatenschaften)
- ↳ Menschen mit geistiger Behinderung gefördert werden (durch die Bildung von Integrations-Klassen in Kindergarten und Grundschule)
- ↳ Sport-Vereine ihre Rolle für die „Integrationsarbeit“ ernst nehmen



2. Option für Familien

Der demografische Wandel trifft auch die Kommunen. Um so wichtiger wird es, für Familien förderliche Rahmenbedingungen zu schaffen (z. B. durch bezahlbaren Wohnraum, ausreichende Ausstattung mit Kinderbetreuungseinrichtungen, Gestaltung von Kinderspielflächen). Familien sind durch Planungen und Umsetzungen in den Bereichen Wohnungsbau, Gemeinde- oder Stadtentwicklung, Schule, Sport, Kultur, Verkehr und Soziales betroffen. Gerade Pfarrgemeinden tragen durch Kindergärten, Eltern-Kind-Gruppen, Familiennetze usw. zur Verbesserung der Situation von Familien bei. Sich dieser Rolle bewusst zu sein und weitere Initiativen zu starten, ist wichtig.

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- alle Beschlüsse auf ihre Familienverträglichkeit überprüft werden
- in Bebauungsplänen an ausreichend Wohnraum für junge Familien gedacht wird
- bei der Vergabe von preisgünstigem Bauland die Zahl der Kinder neben anderen Kriterien eine hervorgehobene Rolle spielt
- ausreichend Einrichtungen geschaffen werden, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern (Tagesmütter, Kindertageseinrichtungen, Hort an Schulen, Ganztagschule)
- Einrichtungen unterstützt werden, die die Erziehungsarbeit von Eltern begleiten (z. B. Zentrum der Familie, Eltern-Kind-Programm [EKP])
- Räume für die Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werden, die Jugendliche selbstverantwortlich nutzen können
- Kommunale „Familiendialoge“ einberufen werden, die die Situation von Familien analysieren und Problemlösungen in Gang bringen



3. Option für eine wertorientierte Kultur des Miteinander

Welche Bedeutung christliche Werte im Leben einer Kommune haben, zeigt sich im Umgang miteinander: Wird jede(r) wertgeschätzt und akzeptiert? Werden Meinungsverschiedenheiten fair ausgetragen? Die Lebens- und Wertekultur zeigt sich auch an der Kultur des Feierns - und nicht zuletzt darin, welche Sterbe- und Bestattungskultur vorherrscht.

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- ↪ unterschiedliche Lebensstile, Kulturen und Generationen sich gegenseitig wertschätzen und das Zusammenleben gefördert wird
- ↪ christliche Feste und Traditionen geachtet und gepflegt werden
- ↪ bei der Genehmigung von verkaufsoffenen Sonntagen restriktiv vorgegangen wird
- ↪ Angehörige fremder Religionen diese auch ausüben und pflegen können
- ↪ ein Bildungsprogramm angeboten wird, das sich an christlichen Werten orientiert
- ↪ Krankenhausbesuchsdienste und die Sterbebegleiter(innen) von Hospizvereinen Unterstützung und Anerkennung erhalten
- ↪ in Krankenhäusern Palliativstationen eingerichtet werden
- ↪ ein Runder Tisch zu Fragen der Friedhofgestaltung und Bestattungswesens einberufen wird (z.B. Orte des Gedenkens für ungeborene Kinder oder Opfer von Katastrophen und Kriegen, an die niemand denkt)



4. Option für die Schöpfung

Die nachhaltige Sorge um die Umwelt fordert dazu heraus, langfristige Handlungsperspektiven zu entwickeln und die Zusammenhänge von Ökologie, Wirtschaft und Sozialem in den Blick zu nehmen (Prinzip Nachhaltigkeit).

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- Regionalvermarktungsinitiativen unterstützt und deren Dienstleistungen genutzt werden
- die Ausbildung von Umweltauditoren angeschoben wird, die das Energiemanagement in der (Pfarr-)Gemeinde auf den Prüfstand stellen
- die Ausweisung von neuen Baugebieten mit dezentralen Energieversorgungskonzepten (Niedrigenergiehäuser, nachwachsenden Rohstoffen) kombiniert wird
- bei allen öffentlichen, auch kirchlichen Bauvorhaben umweltverträgliche und regionale Baustoffe verwendet werden
- Anreize zur Nutzung des Regenwassers geschaffen und in öffentlichen und kirchlichen Gebäuden diese Techniken vorbildhaft genutzt werden
- bei Flächennutzungsplänen eine flächensparende und bodenschonende Bauweise vorgegeben und auf eine sinnvolle Mischung von Wohnen, Einkaufen, Arbeiten und Regenerationsräumen geachtet wird



5. Option für die Eine-Welt

Einerseits wächst die Welt immer mehr zusammen, zugleich spaltet sich die Welt aber immer mehr. Der Glaube an Gottes Gerechtigkeit drängt dazu, sich damit nicht abzufinden. Persönliche Begegnungen und Initiativen auf der lokalen Ebene von Pfarrgemeinden und Verbänden tragen zu einer weltkirchlichen Lerngemeinschaft bei.

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- ↳ Pfarreien und Kommunen internationale Partnerschaften aufbauen und aus den Erfahrungen heraus politisch handeln (z. B. Eintritt ins Klimabündnis der europäischen Kommunen)
- ↳ Kampagnen und Netzwerke, die zur Änderung von ungerechten Strukturen beitragen (z.B. Erlassjahr, Kinderarbeit) aktiv unterstützt werden
- ↳ der Faire Handel sowie ethische Geldanlagen unterstützt werden
- ↳ die Bildungsarbeit für die Folgen unserer Konsum- und Produktionsweisen sensibilisiert

6. Option für eine Kultur der Verantwortung

Eine Gesellschaft ist nur dann zukunftsfähig, wenn die Menschen nicht nur danach fragen: Wer ist zuständig? Welche Ansprüche kann ich stellen? - Sondern wenn sie fragen: Wo werde ich gebraucht? Wofür bin ich zuständig?



Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- bei kommunalen Entwicklungsprozessen kreative Formen der Ideenfindung (z.B. Zukunftswerkstätten) genutzt werden
- Freiwilligenzentren oder Ehrenamtlichen-Börsen aufgebaut bzw. gefördert werden
- mit Feiern, Ehrungen, Bürgerpreisen oder Vergünstigungen im Freizeitangebot (z.B. Ermäßigung von Eintrittsgeldern etc.) das ehrenamtliche Engagement wertgeschätzt und die Möglichkeit des Ehrenamtskarte genutzt wird
- Kinder- und Jugendliche an kommunalen Prozessen und Entscheidungen beteiligt werden

7. Option für eine gemeinwohlorientierte Politik

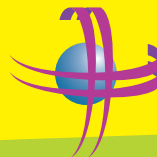
Bei Leistungen der Daseinsvorsorge geht es um die Verwirklichung von gemeinnützigen Zwecken: um die Versorgung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten, um hohe Qualität und Versorgungssicherheit, um angemessene Arbeitsbedingungen und Umweltschutzziele. Dem Gemeinwohl widerspricht, wenn lebenswichtige Güter für den Menschen, wie zum Beispiel Wasser, dem freien Markt übergeben werden. Öffentliche Güter müssen öffentliche Güter bleiben.

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- die Privatisierung kommunaler Einrichtungen (Sozialwohnungen, Wasserversorgung, Stadtwerke, Krankenhäuser etc.) gestoppt wird
- die Krankenversorgung und die Wasserversorgung in der Verantwortung der kommunalen Ebene bleiben
- Vorhaben, öffentliche Einrichtungen in Public Private Partnerships (PPP) bauen zu lassen und auf der Basis privatrechtlicher Verträge zu nutzen, sehr kritisch geprüft werden

www.aufkreuzen.info

*Diözesanrat der Katholiken
der Erzdiözese München und Freising*



**Diözesanrat der Katholiken
der Erzdiözese München und Freising**

AK Kommunalpolitik

80333 München, Schrammerstraße 3, VI. Stock

Telefon (0 89) 21 37-12 61, Fax (0 89) 21 37-25 57

E-Mail: dioezesanrat@erzbistum-muenchen.de

Internet: www.dioezesanrat-muenchen.de